

Bericht aus dem Gemeinderat vom 20.02.2017

TOP 1 Bürgerfragestunde

Bürger Gerd Müller regte an, im Zuge der Einführung des Verkehrsleitsystems bei der Beschilderung den Begriff «Centrum» durch «Historische Altstadt» zu ersetzen. OB Mergen sagte zu, diese Anregung aufzunehmen.

TOP 2 Informationen der Verwaltung

OB Mergen informierte darüber, dass ab heute das Bürgerbüro Fragen von Bürgern, Anwohnern, Einzelhändlern und Gastronomie zum G20-Treffen beantworten werde. Zu den Kosten, die auf die Stadt zukommen werden wegen des G20-Gipfels teilte sie mit, dass die Stadt für die Verkehrslenkung, den Rückbau bei eventuellen Schäden und die Bereitstellung der zivilen Sicherheitskräfte, DRK, DLRG, Krankenhaus zuständig sei. Eine erste grobe Hochrechnung habe Kosten in Höhe von etwa 800.000 Euro ergeben. Sie habe einen Brief an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble geschrieben und werde mit ihm auch telefonieren und bitten, die Stadt bei den Kosten zu unterstützen. Den Leopoldsplatz betreffend habe am Freitag eine Begehung stattgefunden, der zuständige Mitarbeiter sei aber krank, deshalb gebe es dazu noch keine neuen Informationen.

Werner Henn fragte nach den Kosten für den NATO-Gipfel. Stadtkämmerer Thomas Eibl antwortete, dass die Kosten für die Stadt sich damals auf etwa 350.000 bis 400.000 Euro beliefen.

TOP 3 Fragen aus dem Gemeinderat

Heinz Gehri fragte Oberbürgermeisterin Margret Mergen, ob sie es schon mal erlebt habe, dass ein ehemaliger Oberbürgermeister sich um das Vergabeverfahren einer anderen Stadt kümmere, ohne Wissen und Information, nur auf Basis dessen, was auf einem «komischen Internetportal» stehe und bat OB Mergen, den ehemaligen Oberbürgermeister zu bitten, seine «Besserwisserei» einzustellen. OB Mergen antwortete, dass er keinen Kontakt zu ihr aufgenommen habe.

Astrid Sperling-Theis, Grüne, kritisierte die Situation am Sonnenplatz, wo durch Falschparker die Fahrbahn verengt werde und es zu gefährlichen Situationen komme, wenn Autofahrer zurückstoßen müssten, um andere durchzulassen. Bürgermeister Geggus antwortete, dass die Situation problematisch sei, weil unterschiedliche Interessen zusammenkommen. Er glaube nicht, dass das Problem lösbar sei. Die Einzelhändler forderten mehr Kurzzeitparkplätze, Anwohner wollten einen freien Platz. Be- und Entladen sei erlaubt. Der Gemeindevollzugsdienst könne nicht überall zugleich sein. Es sei eine Dilemma-Situation, für die er keine Lösung habe.

Rolf Pilarski fragte, was die Stadtverwaltung gegen die wiederholten Fälle von Vandalismus an der Stauferstele am Alten Schloss tun könne. OB Mergen antwortete, dass die Stele durch die Stadt bereits zweimal gesäubert wurde. Sie hoffe darauf, dass der Vandalismus ende, wenn die Gastronomie am Alten Schloss wieder bespielt werde. Wenn dies nicht der Fall sei, müsse überlegt werden, die Stele zu entfernen.

Werner Henn fragte, ob die Stadt Mittel habe auf Eigentümer von Rohbauten, «wo nichts passiert» einzuwirken. OB Mergen antwortete, dass ein Sanierungsgebiet wie das Projekt «Südliche Neustadt» das beste Mittel sei. Denn für jeden eingesetzten öffentlichen Euro

werde 7 Euro privates Geld eingesetzt. Die Stadtverwaltung sei in Kontakt mit den betroffenen Eigentümern, soweit das überhaupt möglich sei. An einige komme man auch durch Einschreiben und sogar Hausbesuche nicht ran. Werner Henn erinnerte an seinen Vorschlag, die Fürstenbergallee städtebaulich zu verändern und durch eine Tieferlegung und Untertunnelung der Stadteinfahrt Flächen für Wohnungsbau zu schaffen. OB Mergen antwortete, dass dies eine reizvolle Idee sei, die aber an den Finanzen scheitere. Die Idee sei sicherlich nicht ganz ad acta gelegt, habe aber keine Priorität.

Kurt Hochstuhl nahm eine Anfrage von Günter Seifermann, Grüne, auf, der in der letzten Gemeinderatssitzung darauf hingewiesen hatte, dass im Januar die Feinstaubgrenzwerte in Baden-Baden bereits fünfmal überschritten wurden bei jährlich maximal 35 zulässigen Überschreitungen. Seifermann kritisierte damals den Standort der Messstation am Aumatt-Stadion, da es verkehrsreichere Stellen in der Innenstadt gebe, wo demnach die Werte auch höher sein müssten. Kurt Hochstuhl regte an, die Messstationen an Plätze zu verlegen, «wo nicht nur alle halbe Jahre ein Auto vorbei fährt». Bürgermeister Geggus antwortete, dass die Anregung bereits in der Umsetzung sei.

Heinrich Liesen, FBB, beschwerte sich, dass im Eingangsbereich der Augustaplatz-Parkgarage sich acht Personen und ein großer Hund einen Wohnbereich geschaffen haben und dort auch übernachten und der Zugang für Garagennutzer versperrt sei. Diese Personen würden auch die Bushaltestelle in Beschlag nehmen. Er mahnte an, dass das Ansehen der Stadt auf dem Spiel stehe. Michael Geggus antwortete, dass Obdachlosigkeit ein bundesweites Problem sei, das auch vor Baden-Baden nicht haltmache. Die Polizei erteile Aufenthaltsverbote mit Maß und dafür sei er in Zeiten von Temperaturen von -10 Grad dankbar. Es sei nicht zu verhindern, dass Bürger und Gäste der Stadt auch mit diesem Anblick konfrontiert werden. Baden-Baden sei auch eine soziale Bürgerstadt.

Heinrich Liesen bemerkte zum Thema Feinstaub, dass eine Verkehrsreduzierung erheblich zur Feinstaubreduzierung beitrage. Schon eine Reduzierung der Geschwindigkeit von 50 auf 30 km/h hätte eine Reduzierung der Schadstoffe von etwa 15 Prozent zur Folge. Michael Geggus antwortete, dass die turnusgemäße Luftmessung in Baden-Baden anstehe und man den Auftrag um Stickoxide und Feinstaub erweitern werde. Die Tempo-30-Frage soll im Rahmen der Fortschreibung des Lärmaktionsplans behandelt werden, der noch in diesem Jahr beschlossen werden soll.

TOP 4 Sanierung Leopoldsplatz; Information zur Kostenentwicklung

Bürgermeister Alexander Uhlig nahm eine Forderung von Joachim Knöpfel, SPD, aus der Bauausschusssitzung am vergangenen Donnerstag auf, wonach die Hauptsatzung wieder geändert werden solle. Hintergrund ist die Begründung der Stadtverwaltung, dass bei Bauprojekten ein Projektbeschluss und eine grobe Kostenschätzung mit daraufhin folgender Einstellung der entsprechenden Mittel im Haushaltsplan ausreichen, damit die Stadtverwaltung das weitere Verfahren ohne nochmalige Entscheidung des Gemeinderats durchführen kann. Bürgermeister Uhlig sagte, er habe vor der Sitzung mit OB Mergen gesprochen und es sollte diskutiert werden zwischen Verwaltung und Gemeinderat, ob sich dieses Verfahren bewährt hat und weitergeführt werden soll.

TOP 5 Bewerbung Unesco-Weltkulturerbe; Abgrenzung von Kern- und Pufferzone, Managementplan und Öffentlichkeitsarbeit

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung bei 5 Enthaltungen der Freien Wähler zugestimmt.

TOP 6 Durchführungsvertrag «SWR-Medienzentrum»

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde bei einer Enthaltung zugestimmt.

TOP 7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VEP) «SWR-Medienzentrum»

Günter Seifermann, Grüne, teilte mit, dass seine Fraktion darauf bestehe, dass auf dem SWR-Gelände eine ausreichende Fläche für die Nahversorgung eingeplant werden soll, ein «aufgemotzter Kiosk» sei nicht ausreichend. Man werde es nicht unterstützen, 700 neue Anwohner anzusiedeln ohne Infrastruktur zu schaffen. OB Mergen entgegnete, dass man für eine Fläche unter 1.000 Quadratmetern und einer Einwohnerzahl von unter 15.000 keinen Betreiber finden werde.

Erster Bürgermeister Uhlig merkte an, dass Nahversorgung auch ein Qualitätsmerkmal sei. Dies sei ein Thema, was man gegenüber dem Investor im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens «Wohnen am Tannenhof» aufrufen werde, hier hingegen gehe es um das SWR-Medienzentrum. Zwingen könne man den Investor aber nicht.

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde bei einer Neinstimme zugestimmt.

TOP 8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan «Westliche Wörthstraße»

Heinrich Liesen, FBB, kritisierte das vorliegende Feinstaubgutachten als unsinnig. Das dabei angewandte Screeningmodell sei für Straßenrandbebauung gedacht, die Bebauung in der Wörthstraße liege aber unterhalb der Tausendfüßlerbrücke und weil Schadstoffe der Schwerkraft folgten, sei die Belastung hier höher. Die Belastung lasse sich mit dem verwendeten Modell nicht berechnen. Die Menschen in der Wörthstraße seien einer hohen Schadstoffbelastung ausgesetzt.

Auch Werner Henn, SPD, äußerte mehrere Bedenken. Die Höhe der Gebäude versperre die Sichtachsen zu Merkur und Altem Schloss. Und die Lärmschutzmaßnahmen, die auch gegen die Feinstaubbelastung helfen würden, seien nicht fortgesetzt worden im Rahmen der bereits weit fortgeschrittenen Bebauung durch die stadteigene GSE in der Wörthstraße. Außerdem mahnte er an, dass keine Tiefgarage vorgesehen sei.

Auch Werner Schmoll, SPD, kritisierte die Höhe der Bebauung.

Rolf Pilarski, FDP, schloss sich den Bedenken seiner Gemeinderatskollegen zu Höhe, Lärm und Schadstoffbelastung an.

Klaus Bloedt-Werner, CDU, erinnerte daran, dass es sich bei der vorliegenden Entscheidung nur um den Beschluss zur Offenlage handle, alle Bedenken könnten im weiteren Verfahren geklärt werden. Er bat die Verwaltung, alle Bedenken auszuräumen, um jede «Angstmacherei fernzuhalten», auch wenn dafür ein neues Gutachten erforderlich sei.

Günter Seifermann, Grüne, stellte den Antrag, in dem Bebauungsplan eine Beheizung ohne fossile Brennstoffe festzuschreiben. Der Antrag wurde vom Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt.

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde mehrheitlich mit 26 Stimmen zugestimmt.

TOP 9 Sanierungsgebiet «Südliche Neustadt»; Vorstellung des Abschlussberichtes zu den vorbereitenden Untersuchungen für das Untersuchungsgebiet «Südliche Neustadt»

Günter Seifermann, Grüne, stellte den Antrag, einen Anschluss des Gebiets an das Fernwärmenetz zu prüfen.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat angenommen.

TOP 10 Sanierung K 9608 Süd / B 3 zwischen der Kreisgrenze Bühl / Baden-Baden Richtung Vimbuch und Knotenpunkt B 3 / L 84a («Karcherkreuzung»)

Günter Seifermann mahnte, dass im Zuge der Sanierung auch der Radweg hinter die Ampel verlegt werden solle, damit die Radfahrer sicher die Straße queren können. Dies sei ein Fehler bei der ursprünglichen Planung durch das Regierungspräsidium gewesen. Klaus Bloedt-Werner, CDU, pflichtete ihm bei.

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 11 Vollzug des Haushalts 2016; Übertragung von Haushaltsresten in das Jahr 2017

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 12 Änderung der Gebührenordnung der Stadt Baden-Baden für die Stadtbibliothek

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung bei drei Neinstimmen zugestimmt.

TOP 13 1. Änderungssatzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen in der Stadt Baden-Baden zum 01.03.2017

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 14 Schlussbericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2015 des Eigenbetriebes Stadtwerke Baden-Baden

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde bei einer Neinstimme zugestimmt.

TOP 15 Jahresabschluss 2015 der Stadtwerke Baden-Baden und des verbundenen Unternehmens Parkgaragengesellschaft Baden-Baden

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 16 Schlussbericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2015 des Eigenbetriebes Umwelttechnik

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde bei einer Neinstimme zugestimmt.

TOP 17 Jahresabschluss 2015 des Eigenbetriebes Umwelttechnik.

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde bei einer Neinstimme zugestimmt.